

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 15.05.2023 05.03.2023

inklusive eingefügter Änderungen in Einleitung und Kapitel 4 aus Anträgen des FRS (im Fließtext fett) sowie der im Rahmen des Konsensverfahrens überarbeiteten Kapitel 2 und 3

Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	3
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	4
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	6
Eine andere Globalisierung ist möglich	6
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wie erreichen wir das?.....	8
Finanzmärkte regulieren.....	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	9
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	9
2.1. Was ist das Problem?.....	9
2.2. Was will Attac?.....	11
2.3. Wie erreichen wir das?.....	11
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken.....	12
3.1. Was ist das Problem?.....	12
3.2. Was will Attac?.....	12
3.3. Wie erreichen wir das?.....	13
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	13
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden	13
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	13
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	13
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	14
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern.....	14
4. Krieg und Militarisierung.....	14
4.1. Was ist das Problem?.....	14
4.2. Was will Attac?.....	15
4.3. Wie erreichen wir das?.....	15
Zivile Konfliktlösung.....	15

Globalisierung entmilitarisieren	15
Globale Abrüstung.....	16
5. Soziale Sicherheit für alle.....	16
5.1. Was ist das Problem?.....	16
5.2. Was will Attac?.....	17
5.3. Wie erreichen wir es?.....	17
Solidarische Bürgerversicherung.....	17
Soziale Grundsicherung.....	17
Solidarische Städte.....	18
6. Flucht/Migration.....	18
6.1. Was ist das Problem?.....	18
6.1. Was will Attac?.....	19
6.3. Wie erreichen wir das?.....	19
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	19
7.1. Was ist das Problem?.....	19
7.2. Was will Attac?.....	20
7.3. Wie erreichen wir das?.....	20
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik.....	20
Anders wirtschaften und konsumieren.....	20
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	20
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	21
8. Demokratie.....	21
8.1. Was ist das Problem?.....	21
8.2. Was will Attac?.....	22
8.3. Wie erreichen wir das?.....	22
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	23
9.1. Was ist das Problem?.....	23
9.2. Was will Attac?.....	23
9.3. Wie erreichen wir das?.....	24
Epilog.....	24
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	24

7 Prolog

8 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob
9 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale
10 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,
11 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene - wir leben in Zeiten
12 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten
13 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am
14 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz
15 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

16 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung
17 der Welt billigend in Kauf nimmt.

18 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der
19 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren
20 Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer
21 Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und
22 für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und
23 vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts-
24 und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

26 **Globalisierung heute**

27 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
 28 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
 29 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
 30 Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und
 31 Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu
 32 ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich
 33 das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

34 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen
 35 Ländern zu einer immer schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit
 36 geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare Krankheiten sind immer
 37 noch weit verbreitet. Die bisherige Globalisierung basiert auch auf der Ungleichheit der
 38 Geschlechter. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich dominierter
 39 Gesellschaften zurück, die FLINTA*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Die
 40 Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die
 41 ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einer begrenzten Erde
 42 schlicht nicht möglich ist. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die
 43 Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

44 ***Alles wird zur Ware***

45 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
 46 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
 47 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre
 48 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen
 49 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen die Steigerung der Profite zu ihrem
 50 ureigensten Anliegen: Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche
 51 Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und, z.B. mittels Freihandelsabkommen, offene
 52 Märkte hergestellt.

53 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
 54 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
 55 besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Es sollen nicht nur
 56 Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die
 57 Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie
 58 ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu
 59 beigetragen, dass sich eine Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die
 60 Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen immer besser in der Lage sind, ihre
 61 wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

62 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
 63 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
 64 **nur kleine** Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und
 65 Leistungskürzungen des Staates bedeuten z.B., dass für viele Betreuungs- und
 66 Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden müssen. Nur Reiche
 67 können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen
 68 mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge

69 und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass **weiblich**
70 **gelesene Personen** ~~FLINTA*s~~ durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche
71 Dienstleistungen ersetzen.

72 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt diktiert der Politik ihr
73 Handeln – in demokratischen und in autoritären Staaten. Märkte sind die zentralen _____
74 gesellschaftlichen Räume, in denen sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde
75 **sollte** einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor
76 bleiben: Die ganze Welt **sollte** zur Ware werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die
77 Ausdehnung von Sextourismus, Frauenhandel und Leihmutterchaft.

78 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn*** 79 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

80 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
81 Globalisierung fortgesetzt. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen
82 Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen
83 Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und
84 Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in postkoloniale transferiert. Den meisten
85 Staaten des **Globalen** Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen. Von dem
86 Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO
87 (World Trade Organisation), die z.B. die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale
88 **Handels- und Investitionsschutzabkommen**. ~~Handelsverträge~~. Profitinteressen
89 werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt.
90 Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und Umweltauflagen in Asien und anderen
91 Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen dabei nachgefolgt. Die Länder des
92 Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und
93 Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

94 Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen
95 Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber
96 auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die
97 Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. **Die**
98 **EU, Russland, Russland, die EU, Indien** und auch die anderen BRICS-Staaten versuchen, **einen**
99 **möglichst großen Teil des Kuchens für sich zu sichern**. ~~mit ihren~~
100 ~~Möglichkeiten das globalisierte Wirtschaftssystem mehr multipolar zu prägen.~~

101 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre
102 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
103 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei
104 handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im
105 System globaler Kapitalismus.

106 Den Ländern des Globalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen
107 Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten, zumal vielen
108 **dieser** ~~Süd~~-Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen
109 wurde, während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen entspricht. In vielen
110 Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und
111 Migration gezwungen sind.

112 **Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu**
113 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
114 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
115 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als **neoliberale Lüge**~~neoliberaler~~
116 **Schein** herausgestellt. Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit
117 über unterschiedliche Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein
118 Geschlecht, eine Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in
119 der Hierarchie der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen
120 nicht. Viele sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken
121 oder als Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Besonders für FLINTA*s gehen
122 die gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher.

123 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
124 Anlagemöglichkeiten für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
125 wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den
126 Steuerzahler*innen, aber auch jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, **zu**
127 **Finanzunternehmen**~~reinen Finanzunternehmen~~ und ihren superreichen Nutznießer*innen
128 betrieben.

129 **Die Gewalt der Globalisierung**

130 Gerade für die Länder des Globalen Südens bedeutet die Globalisierung Gewalt. Den
131 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank sind, insofern sie
132 regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den Bildungssystemen
133 vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes
134 etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

135 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
136 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der Staaten des Globalen Südens geprägt von
137 Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und ~~-~~großflächiger **Zerstörung**
138 ~~-Zerstörung~~ ökologischer Lebensgrundlagen. Dies alles bei Straflosigkeit für darin verwickelte
139 transnationale Konzerne. In **vielen**~~manchen~~ Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher
140 Arbeitsschutz wird verweigert. Die Ermordung von Gewerkschafter*innen und
141 Menschenrechtsverteidiger*innen sind an der Tagesordnung.

142 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
143 hier in den Ländern des Globalen Nordens bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser
144 Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist das Werk der
145 neoliberalen Globalisierung.

146 Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die
147 Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen.
148 Extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt sind Femizide, **also die Ermordung von**
149 **weiblich gelesenen Personen.**~~Tötung von FLINTA*s.~~

150 Und wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege. Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird
151 wieder denkbar.

152 **Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten**

153 **Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der ~~Durch die durch~~**
154 **Wachstumszwang getriebene Globalisierung sind auch der Gewalt gegen die Natur**

155 **und den Planeten sind so immer weniger Grenzen gesetzt. Der Welt**
156 **wird immer mehr eine Warenförmigkeit aufgezwungen. Dadurch wird**
157 **Im Zuge der Vermarktlichung der Welt wird also die Ausbeutung der Natur**
158 **scheinbar zusätzlich legitimiert und ihre ZerstöZerstörung achselzuckend**
159 **in Kauf genommen.**

160 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
161 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
162 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des
163 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
164 der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten.

165 Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem
166 droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben
167 kann.

168 ***Die Krise der neoliberalen Globalisierung***

169 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
170 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur,
171 von dem andere Staaten abhängig sind, gelungen. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
172 und Vertriebsplattformen verfügen haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
173 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus hat sich in seiner staatlichen Verfasstheit
174 diversifiziert. Neben neoliberalen, stärker demokratisch verfassten Varianten tritt er auch in Form
175 staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

176 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
177 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie **weiter** an Glaubwürdigkeit verloren. Von der
178 Klimabewegung und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt
179 inzwischen auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler
180 Marktradikalismus eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die
181 neoliberale Politik nicht nur die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den
182 demokratischen Handlungsspielraum nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten
183 von ökonomischen Interessen abgebaut, zum Beispiel **durch Freihandelsabkommendie-**
184 **Freihandelsabkommen**. Entsprechend gilt auch: Extreme soziale Ungleichheit, wie sie durch die
185 neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht wird, destabilisiert Demokratien, und
186 tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer Krise. Der Politik wird mit steigendem
187 Misstrauen begegnet. Das ist gut, wenn es mit der Forderung nach Demokratisierung **und**
188 **solidarischen Lösungen** verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf nach
189 autoritären **und rassistischen** -Lösungen einhergeht. -Rechtspopulistische und
190 rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise, um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

191 ***Abkehr vom Neoliberalismus?***

192 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
193 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
194 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
195 sich hierzu gezwungen, um die Folgen abzumildern und auch um soziale Proteste einzuhegen.

196 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung **aber** in
197 erster Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den

198 Ländern des Globalen Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
199 Privatisierungen werden forciert und sogenannte „moderne“ Freihandelsverträge abgeschlossen, die
200 demokratische Kontrollmechanismen **aushebeln**umgehen. Staatlich gefördertes grünes
201 Wachstum und markkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden
202 als Lösung der Klimakrise propagiert, obwohl längst **klar sein sollte**alle wissen, dass der
203 profitorientierten Globalisierung planetare Grenzen gesetzt sind, die eine weiteres globales
204 Wachstum untragbar machen.

205 ***Eine andere Globalisierung ist möglich***

206 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
207 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
208 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
209 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

210 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
211 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
212 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
213 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

214 Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten
215 Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale
216 Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung.
217 Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum
218 für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

219 **Themenfelder**

220 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino** 221 **schließen!**

222 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
223 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte ist ein zentrales
224 Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

225 **1.1. Was ist das Problem?**

226 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
227 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
228 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
229 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
230 (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung
231 das Volumen an anlagesuchendem Kapital. Um es anzulocken, wurde die Kontrolle von
232 grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen
233 für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue Finanzanlagen. Währungen,
234 Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds
235 wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge:
236 Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der
237 Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von

238 Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den
239 betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

240 Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen
241 umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen
242 Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur*innen bei,
243 unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in
244 Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und
245 Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im Rahmen von
246 „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie
247 Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch
248 staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind
249 in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik
250 unterwerfen wollen.

251 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
252 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
253 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
254 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

255 Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
256 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
257 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
258 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
259 der Wirtschaft.

260 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
261 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
262 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an.

263 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
264 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
265 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten
266 fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land,
267 Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die
268 Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der
269 Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

270 **1.2. Was will Attac?**

271 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
272 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als
273 Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung
274 zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite
275 machen wollen und Krisen produzieren.

276 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
277 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

278 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
279 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen

280 nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
281 Gläubiger*innen fallen.

282 | **1.3. Wie erreichen wir dases?**

283 ***Finanzmärkte regulieren***

284 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
285 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
286 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
287 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
288 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem
289 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
290 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
291 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
292 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens
293 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
294 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
295 Nationen umzusetzen.

296 ***Kredite für soziale und ökologische Projekte***

297 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
298 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
299 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

300 ***Schulden streichen***

301 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – das Schuldenmoratorium DSSI und
302 Umschuldungsangebote wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI -
303 haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales,
304 transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist
305 darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zu Gute kommen und nicht
306 nur korrupten Eliten dienen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im
307 aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck
308 aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.

309 ***International handeln***

310 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
311 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor*innen
312 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
313 internationalen Handelns.

314 | **2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal ~~und~~ 315 Menschenrechte**

316 Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und
317 Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen
318 niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die
319 Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und
320 Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische
321 Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden Ländern des globalen

322 | Südens hat sich – mit wenigen Ausnahmen - wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der
323 | neoliberalen Globalisierung sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher
324 | Ebene ein neoliberales Regelwerk etablieren.

325 | Handel wird als Schöpfer von Reichtum und Wohlstand beschworen: Je grenzen- und
326 | hemmungsloser der Handel, desto größer der Reichtum. Die Vollendung des Handels wird darin
327 | gesehen, dass auf den Shetland-Inseln jeder Lammfleisch aus Neuseeland kaufen kann, während vor
328 | den Türen des Supermarktes Schafe grasen. Die permanente Verletzung der Rechte der Menschen-
329 | und der Natur wird für den sogenannten "freien" Handel in Kauf genommen.

330 | Für Attac stehen Menschenrechte nicht der Profit im Mittelpunkt des Wirtschaftens und Handels.

331 | **2.1. Was ist das Problem?**

332 | Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung
333 | von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert
334 | Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.

335 | Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994
336 | gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und
337 | global agierender Konzerne wurde ein neoliberales Handelsregime institutionalisiert, das für
338 | die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT,
339 | GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch
340 | Zollsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen
341 | Dienstleistungen (GATS) sowie den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).

342 | Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zollsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT)
343 | schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre
344 | Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle
345 | von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche
346 | Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So
347 | dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen
348 | werden, wenn sie keine „unnötigen Hemmnisse für den Handel mit
349 | Dienstleistungen darstellen“ (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im
350 | Interesse des Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-
351 | Abkommen wiederum sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es z.B. Patente auf
352 | Medikamente 20 Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit
353 | notwendigen Medikamenten versorgt werden.

354 | Ein machtvolles Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung
355 | zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung
356 | ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz
357 | stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil können Nachhaltigkeitsziele ganz im
358 | Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.

359 | Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an
360 | deren multilateralen Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.

361 | Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit über die
362 | Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die
363 | Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp
364 | ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

365 Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente, die
366 die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit einschränken,
367 hinzü:

368 - So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme („Gemischte Ausschüsse“/Joint Committees
369 mit diversen Sonderausschüssen) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von
370 technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen
371 ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung
372 des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das
373 EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre
374 Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur
375 Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.

376 - Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen
377 Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre
378 Gaststaaten unter Umgehen von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem
379 (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere
380 Regulierungen beeinträchtigt sehen. (Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern
381 gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.)

382 - Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie, ÖPNV gehen
383 in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der
384 Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind
385 klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler
386 Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.

387 Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang
388 ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur
389 Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit
390 klimaschädlichen Produkten wie fossile Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt
391 durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.

392 Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus. Auch
393 „grüner Extraktivismus“ zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende zählt
394 dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position von
395 Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung behindert
396 und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte einhergeht.

397 Der globale Handel verspricht Reichtum für viele, schafft aber nur viel Reichtum für wenige-
398 Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur „fahren“ auf den Handelsrouten dieser Welt Profite in
399 die immer gleiche Richtung. In der anderen Richtung werden Gerechtigkeit und Schutz der
400 Schwachen stark gebremst unter Missachtung jeglicher Grenzen ökologischer Verträglichkeit-
401 Nach wie vor diktiert die Wachstumsrate mit dem BIP als Maßeinheit das Maß des Wohlstands.

402 Unterstützt und bewirkt wird dies durch ein Handelsregime auf Basis des Abkommens von
403 Marrakesch zur Gründung der WTO am 15. April 1994. Dieses Regime, dem aktuell nur
404 Staaten wie Nordkorea, Eritrea oder Kosovo nicht beigetreten sind, ist bewusst außerhalb der
405 Vereinten Nationen installiert worden.

406 Es ist einseitig auf Handelsliberalisierung ausgerichtet und dadurch, dass die Staaten sich
407 dessen Regeln unterwerfen, mit vergleichsweise mächtigen Durchsetzungsmechanismen

408 | ausgestattet. Es kann in Länder hineinregieren, um Liberalisierungsverpflichtungen Geltung zu
409 | verleihen, von denen insbesondere transnationale Unternehmen (TNCs) profitieren.

410 | Die starke Verbundenheit zu Demokratie und zu fundamentalen Rechten, wie sie in der
411 | Menschenrechtserklärung von 1948 niedergelegt sind, wird zwar stets beteuert, im Streitfall
412 | geraten jedoch Menschenrechte, soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Belange immer
413 | wieder unter die Räder. Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer*innen werden in vielen Fällen
414 | schlichtweg ignoriert.

415 | Handelsverträge — nicht zuletzt die von der EU geschlossenen wie CETA (ohne vollständige
416 | Ratifizierung vorläufig in Kraft gesetzt) — regeln nicht nur die Höhe von Zöllen, sondern sie
417 | legen darüber hinaus systematisch den Vorrang des Marktes fest, so dass politische Gestaltung
418 | höchstens als ausdrückliche „Ausnahme“ möglich ist. Dies gilt im Bereich der zuvor
419 | öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung, zur
420 | Bildung, zur Mobilität und der Schutzwirkung von Zöllen usw.

421 | Aber auch Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmer*innen entlang der globalen
422 | Wertschöpfungs- und Lieferketten, zum Schutz der Umwelt, zum Erhalt der Biodiversität, zum
423 | Schutz von Verbraucher*innen usw. laufen Gefahr, als Handelshemmnisse eingestuft zu
424 | werden. Sie sind ständig davon bedroht, unter Berufung auf einen Handelsvertrag zu Fall
425 | gebracht zu werden. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die WTO-Regeln einen
426 | Streitbeilegungsmechanismus vorschreiben, der Schiedsgerichte außerhalb der ordentlichen
427 | Gerichtsbarkeit vorsieht und installiert.

428 | Schlimmer noch: Dort, wo bestehende Konventionen für alle sichtbar systematisch missachtet
429 | und verletzt oder Umwelt und Habitate irreversibel zerstört werden, gibt es für die Opfer nur
430 | begrenzte bis gar keine Möglichkeiten, die Verursachenden zur Verantwortung zu ziehen.

431 | Auf der anderen Seite wird das „geistige Eigentum“ in Form von Patenten so strikt geschützt,
432 | dass Millionen AIDS- und Corona-Erkrankte im Globalen Süden keine Medikamente oder
433 | Impfungen erhielten und erhalten, während grenzüberschreitenden Investoren durch
434 | Investitionsschutzverträge umgekehrt sogar das Recht zugebilligt wird, unter Berufung auf
435 | negative Folgen eines demokratischen Gesetzes für ihre Investitionen milliardenschwere, aus
436 | Steuermitteln zu bezahlende Schadenersatzzahlungen zu erstreiten.

437 | Der deregulierte „Markt“ setzt der Unternehmenskonzentration bis hin zur Monopolbildung
438 | keine wirksamen Grenzen, Wettbewerb findet auf immer größeren Skalen zwischen immer
439 | machtvolleren Strukturen statt, wer nicht mithält, bleibt auf der Strecke. Die globale
440 | Arbeitsteilung in der industriellen Fertigung hat erhebliche Ausmaße angenommen.
441 | Insbesondere lohnintensive Bereiche wurden und werden in Subunternehmen ausgelagert oder
442 | in Länder mit geringeren bis gänzlich fehlenden arbeitsrechtlichen Standards verlegt.
443 | Nebeneffekt dieser Atomisierung der Arbeitsprozesse ist, dass nahezu kein Unternehmen mehr
444 | in der Lage ist, sämtliche Komponenten eines Produktes selbst herzustellen. Gewollt oder
445 | ungewollt fehlende oder verknappte Komponenten können ganze Industrien lahmlegen und
446 | damit zum Hebel geopolitischer Auseinandersetzungen werden. Die Auswirkungen eines
447 | aktuell sich abzeichnenden "roll back" bei den globalen Lieferketten sind noch nicht
448 | abzusehen.

449 | 2.2. Was will Attac?

450 Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und setzt sich ein für eine gerechte,
451 ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigter internationaler
452 Zusammenarbeit und demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den Interessen von
453 Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer
454 sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten Arbeitsbedingungen und der Bewahrung
455 der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen ein.

456 - Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die
457 Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigkeitsziele
458 (Sustainable Development Goals, SDGs) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben
459 der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst
460 werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu
461 beschließen.

462 - Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken
463 und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen
464 werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen.
465 Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen
466 abgeschafft werden.

467 - Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen ist zurückzufahren.
468 Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu stärken.

469 Die fatalen Folgen des global geltenden Handelsregimes bleiben selbst hartnäckigsten
470 Befürwortenden nicht mehr verborgen. Selbst dem EU-Parlament sind sie inzwischen bekannt,
471 nicht zuletzt aufgrund der Arbeit der „unbefristeten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe“
472 (OEIGWG):

473 Zurückgehend auf eine Initiative von Ecuador 2014 im Rahmen der UNO hat sich eine weltweite
474 Allianz (Treaty Alliance) gebildet, die eine Umwandlung der freiwilligen Leitlinien der UNO
475 (United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights; UNGPs) in einen
476 völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ("Binding Treaty") fordert.

477 Wir begrüßen, dass Deutschland und andere Staaten auf zivilgesellschaftlichen Druck hin
478 inzwischen „Lieferkettengesetze“ verabschiedet haben, die die Menschenrechte in jenen
479 Lieferketten besser schützen sollen. Die EU muss hier durch eine deutlich ambitioniertere Richtlinie
480 weiter vorangehen und auch die Wertschöpfungsketten in ihre Regulierungen einbeziehen.

481 **2.3. Wie erreichen wir das?**

482 - Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis
483 mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.

484 - Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von
485 Unternehmen (Binding Treaty) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-
486 Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.

487 - Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu
488 verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.

489 Wir fordern die deutsche Regierung und die EU auf, sich der "Treaty Alliance" anzuschließen.
490 Inzwischen ist offensichtlich, dass ein vollkommen deregulierter Markt Probleme nicht löst,

491 | ~~sondern verursacht. Deshalb muss ein "Binding Treaty" für eine menschenrechtliche Regulierung~~
492 | ~~der globalen Wirtschaft implementiert werden.~~

493 | ~~All jene Bestimmungen der WTO-Verträge sowie der bilateralen Handels- und~~
494 | ~~Investitionsverträge — nicht zuletzt die der EU —, die dem Primat der Menschenwürde~~
495 | ~~widersprechen und damit gegen das verpflichtende Völkerrecht verstoßen, müssen auf den~~
496 | ~~Prüfstand gestellt werden. Die Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDGs) sind als starke Prinzipien~~
497 | ~~bei Streitigkeiten zu berücksichtigen. Den Streitbeilegungsmechanismus über undemokratische~~
498 | ~~Schiedsgerichte lehnen wir ab.~~

499 | **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken**

500 | "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
501 | einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
502 | gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
503 | zugängliche öffentliche Infrastruktur.

504 | **3.1. Was ist das Problem?**

505 | Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
506 | öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
507 | teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und
508 | Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive Schienennetz in ein privatrechtliches
509 | Unternehmen in öffentlicher Hand umgewandelt. Bei sogenannten „Verkehrsunternehmen und
510 | Schienennetze. Auch vor den Sozialversicherungssystemen wurde nicht Halt gemacht. Sogenannte
511 | Public-Private-Partnerships geht, bei denen die öffentliche Hand in unterschiedlichen Formen
512 | langfristige wirtschaftliche Beziehungen mit Privatunternehmen ein, um öffentliche
513 | Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann in Form der Beteiligung von privaten Unternehmen an
514 | öffentlichen Unternehmen sein, in Form von langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentlichen
515 | Gebäude oder Infrastruktur errichten und diese an staatliche Einrichtungen „vermieten“ oder in
516 | Form von einer kompletten Übertragung öffentlicher Aufgaben an Private. PPPs können als
517 | Teilprivatisierung gesehen werden, sind aber vor allem deshalb problematisch, weil sie Privaten
518 | langfristige Profite bei der Erstellung von öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der
519 | Bürger*innen garantieren. und Private gemeinsame Unternehmen betreiben oder sich die öffentliche
520 | Hand langfristig an private Unternehmen bindet, um Dienstleistungen zu erbringen, sind ebenfalls
521 | als Formen der Privatisierung zu sehen.

522 | Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In
523 | manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente
524 | kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.

525 | Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
526 | Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen ~~Verkäufe öffentlichen~~ Vermögens Staatsschulden
527 | abzubauen. Tatsächlich ging es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherungen,
528 | Banken sowie Pensions- und Staatfonds zu schaffen für Vermögende zu schaffen, um Renditen zu
529 | erwirtschaften. Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die
530 | ~~Dienstleistungen würden billiger und besser werden. Stattdessen kam es in ihrer Folge oft zu~~
531 | ~~Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich die Privatisierungen vor allem für~~
532 | ~~diejenigen, die gute und abgesicherte Renditen garantieren. ihr Kapital in den privatisierten~~
533 | ~~Unternehmen angelegt haben. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind private entstanden, mit~~

534 ~~denen sich sicher Gewinn erzielen lässt. Investitionsschutzabkommen und Freihandelsverträge~~
535 ~~ebenso wie der Vertrag von Lissabon und EU-Richtlinien sichern die Profite von~~
536 ~~Privatisierungsgewinnern und erschweren Vergesellschaftung.~~

537 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden
538 billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und
539 eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren
540 Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich
541 Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind
542 private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.

543 Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch
544 Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren Privatisierungen
545 rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch Sonderklagerechte
546 für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern Vergesellschaftungen.

547 **3.2. Was will Attacwäre besser?**

548 Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören mindestens
549 Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des
550 Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für
551 alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass
552 notwendige Leistung vorenthalten oder schlecht erbracht werden oder die Infrastruktur nicht
553 hinreichend instandgehalten wird.

554 ~~Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, digitale Teilhabe, Verkehr,~~
555 ~~Energie- und Wasserversorgung gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht dazu genutzt~~
556 ~~werden, Profite zu erzielen. Darüber kann hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein~~
557 ~~wesentliches Element bei der sozial-ökologischen Transformation sein. der Gesellschaft~~
558 ~~sein. Öffentliche Unternehmen müssen dabei aber stärker als in der Vergangenheit demokratisch~~
559 ~~gestaltet sein werden. Es reicht nicht aus, wenn politische Mandatsträger*innen in den~~
560 ~~Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter*innen~~
561 ~~bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen, und Umwelt- und Sozialverbände bei den~~
562 ~~Stadtwerken und Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie~~
563 ~~die Beschäftigten. Dafür müssen an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste Gremien~~
564 ~~geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die strategischen Entscheidungen für~~
565 ~~das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere übergehen kann allein die Mehrheit hat. Die~~
566 ~~Unternehmen sollten nicht privatrechtlich Organisationen sollen nicht in dem Privatrecht~~
567 ~~unterliegenden Formen wie AG oder GmbH organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form,~~
568 ~~beispielsweise als Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck~~
569 ~~muss gesichert sein und sie müssen dauerhaft wie beispielsweise der Anstalt des~~
570 ~~öffentlichen Rechts, um sie vor Privatisierung geschützt sein. zu schützen.~~

571 **3.3. Wie erreichen wir dases?**

572 ***Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und*** 573 ***Wohnungsunternehmen vorantreiben***

574 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
575 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung,
576 verhindert oder rückgängig gemacht werden. Inzwischen werden werden, und inzwischen werden
577 sogar Stadtwerke rekommunalisiert und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet.

578 Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die aber bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten
579 Unternehmen müssen auch demokratisiert und an sozialen und ökologischen Prinzipien
580 ausgerichtet geführt werden.

581 **Ökonomisierung im Gesundheitswesen beendenzurückdrängen**

582 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem durch Fallpauschalen, Zuzahlungen und
583 die in Form der Fallpauschalen und der Privatisierung von Kliniken muss umgehend rückgängig
584 gemacht zurückgedrängt werden. Art und Umfang einer medizinischen Behandlung darf sich
585 ausschließlich medizinischer Behandlung muss sich in erster Linie am Bedarf orientieren und nicht
586 an Kosten oder Profitmöglichkeiten den Kosten. Notwendige Kosten der Gesundheitsversorgung
587 müssen öffentlich finanziert werden. Mit der Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt
588 werden, privatisierte Krankenhäuser ~~Privatisierte Krankenhäuser~~ müssen wieder von der
589 öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

590 **Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten**

591 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
592 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
593 muss Bildung - soll Bildung im Wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut
594 ausgestattet - werden und allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung
595 stehen.

596 **Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren**

597 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
598 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine
599 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,
600 nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
601 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-
602 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
603 Entscheidungen beteiligt werden.

604 **Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung** 605 **verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen**

606 Viele Handelsabkommen enthalten Regelungen, um Marktöffnungen und Privatisierungen zu
607 erzwingen. Sie müssen aufgekündigt werden. Ein wesentlicher Bestandteil vieler
608 Investitionsschutzabkommen ist es, die Vergesellschaftung von Unternehmen oder
609 Infrastruktureinrichtungen zu verhindern. Damit untergraben sie das demokratische Recht von
610 lokalen Gemeinschaften und Staaten, selbst über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige
611 Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert
612 werden. Attac setzt sich für die Abschaffung solcher Investitionsschutzabkommen ein.

613 **Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst**

614 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
615 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gute qualitativ hochwertige
616 Dienstleistungen erbringen zu können.

617 **Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen**
618 **erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern**
619 Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen
620 Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU
621 müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die
622 Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die
623 Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das
624 Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der
625 überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das
626 Gesundheitswesen organisiert werden.

627 **4. Krieg und Militarisierung**

628 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
629 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
630 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
631 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
632 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

633 **4.1. Was ist das Problem?**

634 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
635 Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
636 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
637 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung, die Rechte
638 von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen
639 und werden ausgegrenzt. [Viele Menschen sind durch den Krieg entsetzt und möchten für ein
640 schnelles Ende] Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden in der Öffentlichkeit meist
641 wenig Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. **-Ist Krieg präsent, wird er**
642 **normalisiert. Vergangene Kriege werden schnell verdrängt wie in**
643 **Afghanistan, Jugoslawien oder Irak.** -Die lange Fortdauer über Jahre, die
644 Entmenschlichung und das Ausmaß der Verbrechen gerät aus dem Blick. Der russische Angriff auf
645 die Ukraine hat den Krieg bis in die unmittelbare Nähe Deutschlands rücken lassen.

646 Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Viele
647 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in armgemachten Ländern des Globalen Südens
648 häufig auch ökonomischen Zwängen. Großmächte, militärische Bündnisse und internationale
649 Organisationen intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die
650 weiter andauernden Kriege in Jemen oder Syrien zeigen, wie Großmächte Konflikte zu
651 Menschheitsverbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und
652 selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung
653 wird vorangetrieben durch die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie in die ganze Welt. Sie
654 wird nicht nur in Kriegen deutlich, sondern ebenfalls in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und
655 im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.

656 War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege
657 dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss
658 ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen
659 und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten und die Konkurrenz mit China um Einflussphären
660 und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen. Die Konflikte

661 führen in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit: Die Aufrüstung
662 verschärft sich erneut drastisch, nachdem sie bereits seit der Jahrtausendwende andauert. Ein
663 Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.

664 Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das
665 Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei
666 sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig und U.S. Army,
667 Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO²-Ausstoß. Militär
668 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
669 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
670 **auch** zur Lösung der Klimakrise nötig.

671 **4.2. Was will Attac?**

672 Attac setzt sich ein **für friedliche, eine demokratische, multilaterale**
673 **Weltordnung und zivile Konfliktlösung ein**. Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte
674 entwaffnen, sondern auch die Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit-
675 und Machtinteressen wird auch mit Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt
676 ausgetragen. Doch eine Welt **jenseits von Aufrüstung und ohne Krieg ist möglich!**

677 **Sicherheit muss neu gedacht werden: Die Ressourcen**~~Die Ressourcen~~, die ~~für~~ für das ~~Militär~~ **Militär**
678 aufgewendet werden, sollten genutzt werden **für die Bekämpfung der Klimakri- se, und**, um ein gutes Leben **für**
679 **alle** für **Alle** zu verwirklichen. Statt ~~Rüs- tung Rüstung~~ brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit **für alle,**
680 **und vielfä** ~~ohne Profite, die Bekämpfung der Klimakrise und vielfältige~~ Kunst und Kultur.

681

682 **4.3. Wie erreichen wir das?**

683 **Zivile Konfliktlösung**

684 Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv
685 Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur*innen sollen gestärkt werden, um bei
686 Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen
687 Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist
688 Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. **Kriegsbündnisse wie die**
689 **NATO sollten aufgelöst werden**. Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und
690 stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

691 **Globalisierung entmilitarisieren**

692 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird
693 militärisch abgesichert und durchgesetzt. Durch unsere Globalisierungskritik stellen wir daher die
694 Grundlage von Kriegen in Frage. In der Zunahme an Konflikten erleben wir auch die Folgen der
695 neoliberalen Neuordnung der Welt. Der Mangel an Internationaler Zusammenarbeit und die
696 ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen tragen zu Konflikten, Krieg und
697 Terrorismus bei.

698 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die
699 Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen – ob in der EU, den USA oder in
700 Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien, Afghanistan, **Saudi-Arabien** -oder in
701 Mexiko. Unser Protest gegen die militärische Globalisierung ist global-solidarisch –
702 **nationalistischen** ~~nationaldenkende~~ Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab. Die Beteiligung an

703 Kriegen und militärischer Gewalt legen wir offen und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das
704 Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

705 **Globale Abrüstung**

706 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
707 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
708 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut werden, insbesondere unterstützen wir den
709 Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den
710 Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen
711 beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion.
712 Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben.
713 Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

714 **5. Soziale Sicherheit für alle**

715 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen
716 und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine
717 wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des
718 gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen
719 Sicherungssysteme.

720 **5.1. Was ist das Problem?**

721 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
722 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
723 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
724 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, *die immer größer wird.*

725 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
726 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
727 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ...) auch Einkommen aus
728 sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und
729 teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der
730 Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der
731 Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
732 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

733 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber
734 -insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen
735 Politiken- wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden; so auch im Zuge der neoliberalen
736 Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die
737 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die
738 Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der nationalen
739 Unternehmen international gestärkt werden.

740 Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten
741 Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange,
742 meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt.
743 Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen.
744 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem
745 ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege

746 wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht
747 bezahlt.-

748 **5.2. Was will Attac?**

749 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
750 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
751 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder
752 Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und
753 wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle
754 Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal
755 welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und
756 Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert
757 und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

758 **5.3. Wie erreichen wir es?**

759 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
760 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen und Erbschaften höher besteuert und Menschen, die
761 über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch würde auch mehr Geld für die
762 sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme
763 schlägt Attac konkret vor:

764 ***Solidarische Bürgerversicherung***

765 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
766 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
767 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
768 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
769 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

770 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
771 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
772 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

773 ***Soziale Grundsicherung***

774 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
775 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht
776 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

777 ***Radikale Arbeitsumverteilung***

778 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
779 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
780 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
781 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
782 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

783 ***Solidarische Städte***

784 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
785 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
786 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
787 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

788 **6. Flucht/Migration**

789 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
790 völkerrechtlich geschütztes Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

791 **6.1. Was ist das Problem?**

792 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
793 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die
794 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale
795 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
796 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft,
797 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
798 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei
799 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
800 Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier
801 wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen
802 politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen
803 Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden
804 von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von
805 rechts instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft
806 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
807 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
808 ausgleichen.

809 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
810 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
811 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
812 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

813 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
814 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in
815 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in
816 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und
817 Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit
818 erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum
819 Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende
820 Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und
821 Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte
822 ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

823 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
824 des Klimawandels, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
825 Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden vielfach ausgeblendet, die auf der
826 Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den
827 Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben
828 wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden
829 zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken
830 manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und
831 Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres
832 Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den

833 Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantischen Fachkräften
834 auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden
835 aus.

836 **6.1. Was will Attac?**

837 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
838 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
839 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und
840 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
841 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
842 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus.

843 **6.3. Wie erreichen wir das?**

844 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
845 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
846 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
847 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
848 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind ein
849 Waffenexportstopp, die Änderung des Asylrechts und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe
850 wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in.

851 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

852 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
853 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
854 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die Länder im Globalen Norden die
855 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der Länder des Südens. Deshalb ist
856 Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

857 **7.1. Was ist das Problem?**

858 Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der
859 Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die
860 westlichen Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die
861 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
862 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
863 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar. Das
864 auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die planetaren
865 Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.

866 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
867 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
868 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und
869 kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
870 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
871 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen.

872 **7.2. Was will Attac?**

873 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
874 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in

875 den Ländern des Globalen Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden
876 Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

877 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
878 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft
879 umzubauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft sind im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit
880 und dem Problem, die mit der Externalisierung einhergehen, zu hinterfragen.

881 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
882 der Wirtschaft stehen.

883 **7.3. Wie erreichen wir das?**

884 **Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik**

885 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
886 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
887 insgesamt.

888 **Anders wirtschaften und konsumieren**

889 **Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen ~~der Konsum~~**
890 **vor allem Bezieher*innen hoher Einkommen und**
891 **Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum reduzieren ~~von~~**
892 **Reichen und Wohlhabenden reduziert werden, um allen ein gutes**
893 **Leben zu ermöglichen.** ~~ermöglichen. Menschen, die heute nicht genug für ein gutes-~~
894 ~~Leben haben, muss dies zur Verfügung gestellt werden.~~

895 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
896 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
897 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
898 produziert werden soll.

899 Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und
900 vor allem reparierbar sein.

901 Die Herstellung unnützer Produkte wie etwa Rüstungsgüter muss **eingestellt** ~~reduziert~~
902 ~~werden.~~ In der Nahrungsmittelproduktion ist eine **bedürfnisorientierte** ~~enkelgerechte,~~
903 ökologische Landwirtschaft ohne weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

904 **Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.**

905 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energieerzeugung zu 100 Prozent
906 erneuerbar sein. Zudem darf die Energiewende im Globalen Norden nicht auf Kosten der Menschen
907 im Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt
908 werden.

909 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
910 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine
911 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle leistbar zur Verfügung gestellt werden. Die
912 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

913 **Klimafreundliche Mobilität für alle**

914 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an
915 vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

916 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
917 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss z.B. deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa
918 Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden.

919 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
920 naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt statt auf
921 Autos und für alle bezahlbar ist.

922 **8. Demokratie**

923 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und
924 Grundrechte, ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen
925 Versprechen einer per Definition geltenden „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit
926 und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können,
927 bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede
928 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.
929 Politische Bildung ist deshalb ein **zentrales Anliegen** ~~zentrale Anliegen~~ von Attac.

930 **8.1. Was ist das Problem?**

931 Echte Demokratie sollte mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in einem
932 parlamentarischen System, **in dem** ~~wo~~ Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines
933 „ausgewogenen Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“
934 (Artikel 2 Absatz 3 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es
935 Länder, in denen nicht einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.

936 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
937 Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen
938 unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber
939 Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein.
940 Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn
941 wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.

942 Wenn Freihandelsverträge ~~unter dem Regime der WTO~~ über ihre Liberalisierungs- und
943 Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch
944 schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den
945 Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen, einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur
946 auf dem Papier.

947 Wachsender Autoritarismus, Rechtspopulismus, **ÜÜ**berwachung, rechtsextreme Netzwerke,
948 Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer
949 Fakten" (**LüLügen**), weil Einigkeit **über Realität bröüber Realität bröckelt**, sind Alarmzeichen
950 **dafüdafür**, dass demokratische Strukturen nicht nur nicht **vollstävollständig** realisiert sind, sondern,
951 sofern vorhanden, gezielt zum Abschuss freigegeben werden sollen. In die Bresche springen
952 Politiker:innen der extremen Rechten, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber
953 zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen **veräverächtlich** machen und
954 missbrauchen. Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft **gegenügegenüber** Rechtsextremismus sein
955 und verteidigt werden muss. Daneben gibt es viele **LäLänder**, in denen es keine allgemeinen, freien

956 und gleiche Wahlen gibt und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche
957 Voraussetzungen **füfür** eine Demokratie.-

958 Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert permanente
959 Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie
960 zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen! Grundrechte und die globalen
961 Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für
962 Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess, und der Wille,
963 sie **mitzugestalten**~~mitgestalten~~, die Aufgabe von uns allen! Gleichzeitig ist klar, dass nicht
964 alle den gleichen Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Dabei stellt sich die
965 Frage, wer tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, Eigentumsfragen und
966 Bildung spielen.

967 **8.2. Was will Attac?**

968 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
969 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkte Demokratie und demokratischer

970 Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, wobei Hemmschwellen für die Beteiligung abgebaut
971 werden müssen. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
972 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
973 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden.

974 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
975 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. **Unser**~~Denn~~~~unser~~
976 Ziel muss es sein, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

977 **8.3. Wie erreichen wir das?**

978 Instrumente wie Bürger:innen-Entscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für
979 alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

980 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
981 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
982 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale
983 Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und
984 glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

985 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
986 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
987 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
988 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
989 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten
990 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
991 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.

992 Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue
993 Konzepte der Vergesellschaftung!

994 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

995 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
996 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle

997 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres
998 Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine
999 andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei
1000 Attac ein wichtiges Thema.

1001 **9.1. Was ist das Problem?**

1002 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
1003 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
1004 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
1005 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene
1006 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
1007 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
1008 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer, und arbeiten häufiger in
1009 untergeordneten Positionen.

1010 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
1011 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
1012 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

1013 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
1014 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
1015 Lieferketten ...). Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess
1016 jedoch oft nicht gehört.

1017 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
1018 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
1019 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden, **also der**
1020 **Ermordung von weiblich gelesenen Personen**~~Tötung einer FLINTA*-Person~~, als
1021 heftigste Form patriarchaler Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von
1022 Gewalt, bei der es auch um die Demonstration von Macht geht.

1023 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
1024 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
1025 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
1026 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.“

1027 **9.2. Was will Attac?**

1028 FLINTA*s sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir
1029 streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und
1030 finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle
1031 Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen
1032 teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen – weltweit!

1033 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
1034 keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, um Profite zu steigern und
1035 Herrschaft abzusichern.

1036 **9.3. Wie erreichen wir das?**

1037 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
1038 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
1039 sozial-ökologische Transformation.

1040 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
1041 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
1042 Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
1043 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen
1044 und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

1045 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
1046 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die
1047 Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
1048 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
1049 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das
1050 diskriminierende „Transsexuellengesetz“ ablöst.

1051 **Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit ~~außerhalb des Sozial- und~~**
1052 **~~Gesundheitsbereichs~~ muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter**
1053 **aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale**
1054 **Arbeitszeitverkürzung - jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben -**
1055 **und eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im Sozial- und**
1056 **Gesundheitsbereich.**

1057 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
1058 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
1059 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
1060 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
1061 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
1062 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
1063 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale sehr zunutze. Es gibt jedoch auch
1064 immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

1065 In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden
1066 (z.B. durch Quotierung und Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit
1067 zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den
1068 feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine
1069 befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für
1070 eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

1071

1072 **Epilog**

1073 **Eine andere Welt ist nötig und möglich**

1074 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
1075 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
1076 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen

1077 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
1078 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

1079

1080 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit
1081 Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft
1082 beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben.
1083 Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt.
1084 Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und
1085 Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und
1086 Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher
1087 Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die
1088 Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit
1089 fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus
1090 als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht.
1091 Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter
1092 verwirklicht.

1093 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
1094 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
1095 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
1096 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
1097 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
1098 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
1099 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
1100 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
1101 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
1102 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
1103 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
1104 schädlicher und unnützer Produkte.

1105 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
1106 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
1107 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.

1108 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
1109 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

1110 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
1111 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
1112 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
1113 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

1114 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
1115 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
1116 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
1117 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
1118 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
1119 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

1120 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
1121 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
1122 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
1123 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

1124 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die
1125 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
1126 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
1127 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere
1128 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
1129 Naturzerstörung gestoppt.

1130 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
1131 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
1132 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
1133 durchgesetzt.

1134 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

1135

1136 *FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender
1137 Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten
1138 einzubeziehen.